

BR/GT I/103 d/71

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 14. Januar 1971
BR/GT I/103/71

- Sekretariat -

Untergruppe "Ausführungsordnung"

ARBEITSUNTERLAGE

Zu Artikel 16 Nummern 1 und 1^{bis}

54 Nummer 2

79 Nummer 3.

85 Nummer 1

101 Nummer 5

120 Nummer 1

139 Nummern 1 und 2

159 Nummern 1, 7, 9, 10 und 11

(Vom Redaktionsausschuss ausgearbeiteter Text)

BR/GT I/103 D/71

Zu Artikel 16

Nummer 1

Aussetzung des Erteilungsverfahrens

(1) - unverändert in der Fassung des Dok. BR/42/70 -

(2) Wird dem Europäischen Patentamt nachgewiesen, dass in dem Verfahren zur Geltendmachung des Rechts auf das europäische Patent eine rechtskräftige Entscheidung zugunsten des Anmelders ergangen ist, so teilt das EPA dem Anmelder mit, dass das Erteilungsverfahren mit ihm nach Zustellung dieser Mitteilung fortgesetzt wird. Ist die Entscheidung zugunsten desjenigen ergangen, der das Recht auf das europäische Patent geltend gemacht hat, so wird das Erteilungsverfahren erst nach Ablauf einer angemessenen Frist fortgesetzt, die nicht kürzer sein darf als die in Artikel 16 Satz 1 des Uebereinkommens genannte Frist.

(3) Die am Tag der Aussetzung für den Anmelder laufenden Fristen werden durch die Aussetzung gehemmt. Wird das Verfahren fortgesetzt, so beginnt der noch nicht verstrichene Teil der Frist an dem Tag zu laufen, an dem die Mitteilung nach Absatz 2 zugestellt wird.

(4) Ein Hinweis auf die Aussetzung und die Fortsetzung des Erteilungsverfahrens wird in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.

Zu Artikel 16

Nummer 1^{bis}

Aussetzung des Einspruchsverfahrens

[(1) Wird dem EPA im Verlauf der Prüfung eines Einspruchs gegen ein europäisches Patent nachgewiesen, dass ein Verfahren eingeleitet ist, in dem festgestellt werden soll, dass das europäische Patent einer in Artikel 15 Absatz 1 des Übereinkommens bezeichneten Person zusteht, die nicht der Patentinhaber ist, so setzt das EPA das Verfahren zur Prüfung des Einspruchs aus, es sei denn, dass derjenige, der das europäische Patent geltend macht, der Fortsetzung dieses Verfahrens zustimmt. Diese Zustimmung ist dem EPA schriftlich zu erklären; sie ist unwiderruflich.

(2) Wird der in Absatz 1 vorgesehene Nachweis im Verlauf der Einspruchsfrist erbracht, so setzt das EPA vorbehaltlich der in Absatz 1 vorgesehenen Zustimmung die Prüfung der gegen das europäische Patent eingelegten Einsprüche aus.

(3) Wird dem EPA nachgewiesen, dass in dem Verfahren zur Geltendmachung des europäischen Patents eine rechtskräftige Entscheidung zugunsten des Patentinhabers ergangen ist, so teilt das EPA den Beteiligten mit, dass das Verfahren zur Prüfung des Einspruchs nach Zustellung dieser Mitteilung an den Patentinhaber mit diesem fortgesetzt oder begonnen wird. Ist die Entscheidung zugunsten desjenigen ergangen, der das europäische Patent geltend gemacht hat, so wird das Verfahren erst nach Ablauf einer angemessenen Frist fortgesetzt oder begonnen.

(4) Artikel ... (Nr. 1 zu Artikel 16) Absätze 3 und 4 ist entsprechend anzuwenden.]

Bemerkung:

Die Annahme dieses Artikels setzt eine Änderung des Artikels 16 des Ersten Vorentwurfs dahingehend voraus, dass die Bestimmung des Artikels 16 auf das Einspruchsverfahren erweitert wird (vgl. Berichte, Nr. 30 Absatz 2).

Zu Artikel 54
(früher Artikel 55)

Nummer 2

Uebertragung von Geschäften

Der Präsident des EPA wird ermächtigt, mit der Wahrnehmung einzelner den Prüfungsstellen, den Prüfungsabteilungen oder den Einspruchsabteilungen obliegender Geschäfte, die technisch oder rechtlich keine Schwierigkeiten bereiten, auch Beamte zu betrauen, die keine technisch vorgebildeten oder rechtskundigen Prüfer sind.

Zu Artikel 79

Nummer 3

Beschränkung des Berichts über den Stand der Technik auf einen Teil der europäischen Patentanmeldung

Kommt der Anmelder der in Artikel 79 Absatz 5 des Übereinkommens vorgesehenen Aufforderung nicht nach, so erstellt das Internationale Patentinstitut in Den Haag den Bericht über den Stand der Technik über denjenigen Teil der Anmeldung, der sich auf die in den Ansprüchen zuerst erwähnte Erfindung oder Gruppe von Erfindungen bezieht, die eine einzige allgemeine erfinderische Idee verwirklichen.

Bemerkung:

Mit dieser Ausführungsbestimmung wird versucht, den Fall zu regeln, der sich dann ergeben kann, wenn

- i) die Nichteinheitlichkeit der Erfindung vor Durchführung der Recherche in Erscheinung tritt und/oder
- ii) die Nichteinheitlichkeit der Anmeldung bei Durchführung der Recherche festgestellt wird.

Die Arbeitsgruppe I wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass sich bei der Auslegung des Artikels 79 Absätze 5 und 6 des Vorentwurfs des Übereinkommens von 1970 gewisse Schwierigkeiten ergeben können.

Zu Artikel 85
(früher Artikel 86a)

Nummer 1

Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldungen und Patentschriften

Der Präsident des Europäischen Patentamts bestimmt, in welcher Form die europäischen Patentanmeldungen und die Patentschriften veröffentlicht werden und welche Angaben sie enthalten sollen. Das gleiche gilt für die Veröffentlichung der Uebersetzungen gemäss Artikel 123 Absätze 2 und 3 des Uebereinkommens.

Bemerkung:

Dieser Artikel ersetzt die Nummer 1 zu Artikel 85 in dem Dokument BR/59/70, Seite 1, und betrifft auch die Artikel 98 und 107 des Ersten Vorentwurfs eines Uebereinkommens. Er ist Artikel 85 nur vorläufig zugeordnet.

Zu Artikel 101

Nummer 5

Mitteilungen an die übrigen Einsprechenden

(1) Sind mehrere Einsprüche eingelegt worden, so teilt die Einspruchsabteilung gleichzeitig mit der Mitteilung gemäss Artikel 101 Absatz 3 des Übereinkommens die Einsprüche den übrigen Einsprechenden mit.

(2) Die weiteren Schriftsätze der Einsprechenden werden den übrigen Beteiligten mitgeteilt. Enthalten diese Schriftsätze Tatsachen und Beweismittel, die nicht in der Einspruchsbegründung enthalten sind, und beabsichtigt die Einspruchsabteilung, diese Tatsachen und Beweismittel zu berücksichtigen, so fordert die Einspruchsabteilung den Patentinhaber auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist zu diesen Schriftsätzen Stellung zu nehmen.

Zu Artikel 120
(früher Artikel 113d)

Nummer 1

Weiterleitung der internationalen Anmeldung
an das Europäische Patentamt

Wird eine internationale Anmeldung bei einer Behörde eines Vertragsstaats mit Wirkung für das Europäische Patentamt eingereicht, so hat der Vertragsstaat dafür Sorge zu tragen, dass die Anmeldung beim Europäischen Patentamt spätestens zwei Wochen vor Ablauf des 13. Monats nach ihrer Einreichung eingeht. Wird eine Priorität in Anspruch genommen, so ist für den Fristbeginn der Prioritätszeitpunkt, oder, wenn mehrere Prioritäten in Anspruch genommen werden, der Zeitpunkt der frühesten Priorität massgebend.

Zu Artikel 139

Nummer 1

Nichterscheinen eines Beteiligten zu einer mündlichen
Verhandlung

Ist ein zu einer mündlichen Verhandlung ordnungsgemäss ge-
ladener Beteiligter vor dem Europäischen Patentamt nicht er-
schienen, so kann das Verfahren ohne ihn fortgesetzt werden.

Bemerkungen:

1. Die Bemerkung zu Artikel 97 (BR/59/70) ist zu streichen.
2. Das Wort "Anhörung" ist vom Sekretariat aus dem Vorentwurf
des Übereinkommens und der Ausführungsordnung zu streichen
bzw. in "mündliche Verhandlung" zu ändern.

Zu Artikel 139

Nummer 2

Ablauf der mündlichen Verhandlung

[(1) Der Vorsitzende eröffnet und leitet die mündliche Verhandlung; ihm obliegt die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung.

(2) Der Vorsitzende hat die Sache mit den Beteiligten und deren Vertretern tatsächlich und rechtlich zu erörtern. Die übrigen Mitglieder der Abteilung oder Kammer können an die Beteiligten und deren Vertreter Fragen richten.

(3) Nach Erörterung der Sache erklärt der Vorsitzende die mündliche Verhandlung für geschlossen. Die Abteilung oder Kammer kann die Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung anordnen.]

Bemerkungen:

1. Nr. 1 zu Artikel 114 (BR/59/70) ist zu streichen.
2. Die zwei Bemerkungen zu Nr. 1 zu Artikel 114 sind dieser Nr. 2 zu Artikel 139 zuzuordnen.

Zu Artikel 159

Nummer 1

Ladung

(1) Zur mündlichen Verhandlung oder Beweisaufnahme werden die Beteiligten geladen. Die Ladungsfrist beträgt mindestens einen Monat, sofern die Beteiligten nicht mit einer kürzeren Frist einverstanden sind.

(2) In der Ladung wird auf die Folgen hingewiesen, die sich nach dem Uebereinkommen oder der Ausführungsordnung aus dem Ausbleiben ergeben können.

Bemerkung:

Nr. 1 zu Artikel 106 (BR/59/70) ist zu streichen.

Zu Artikel 159

Nummer 7

Unterbrechung des Verfahrens

- (1)
 - (2)
 - (3)
- } - unverändert in der Fassung des Dok. BR/67/70

(4) Vorbehaltlich Artikel 59 Absatz 1 Satz 2 des Uebereinkommens wird ein Hinweis auf die Unterbrechung und die Wiederaufnahme des Verfahrens in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.

Zu Artikel 159

Nummer 9

Form der Bescheide und Mitteilungen des Europäischen
Patentamts

Bescheide und Mitteilungen des Europäischen Patentamts sind mit der Unterschrift und der Namenswiedergabe des zuständigen Beamten zu versehen. Statt der Unterschrift und der Namenswiedergabe kann ein vorgedrucktes oder aufgestempeltes Dienstsiegel des Europäischen Patentamts angebracht werden.

Zu Artikel 159

Nummer 10

Verjährung

(1) Ansprüche des Europäischen Patentamts auf Zahlung von Gebühren verjähren in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Gebühr fällig geworden ist.

(2) Ansprüche gegen das Europäische Patentamt auf Rückerstattung von Gebühren oder von Geldbeträgen, die bei der Entrichtung einer Gebühr zuviel gezahlt worden sind, verjähren in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Anspruch entstanden ist.

(3) Die Verjährung wird in Falle des Absatzes 1 durch eine Aufforderung zur Zahlung der Gebühr und im Falle des Absatzes 2 durch eine schriftliche Geltendmachung des Anspruchs unterbrochen. Sie wird mit der Unterbrechung erneut in Lauf gesetzt; sie endet spätestens sechs Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem sie ursprünglich zu laufen begonnen hat.

Bemerkung:

Die Vertreter der Finanzministerien werden auf diese Bestimmung aufmerksam gemacht. Die Untergruppe stellte sich insbesondere die Frage, ob diese Bestimmung auf alle Forderungen des Europäischen Patentamts oder an das Europäische Patentamt ausgedehnt werden sollte.

Zu Artikel 159

Nummer 14

Feststellung des Eintritts gewisser Rechtsfolgen

(1) Stellt das Europäische Patentamt fest, dass

- a) eine europäische Patentanmeldung ganz oder teilweise als zurückgenommen gilt,
 - b) die Benennung eines Vertragsstaats als zurückgenommen gilt,
 - c) die europäische Zusatzpatentanmeldung als Anmeldung eines selbständigen europäischen Patents gilt,
 - d) ein Einspruch oder eine Beschwerde als nicht eingelegt gilt (oder
 - e) davon auszugehen ist, dass ein Beschwerdeführer auf seine Beteiligung am Beschwerdeverfahren verzichtet hat,
- so teilt es dies dem Betroffenen gemäss Artikel 161 des Übereinkommens mit.

(2) Ist der Betroffene der Auffassung, dass die Feststellung des Europäischen Patentamts nicht zutrifft, so kann er innerhalb einer Frist von 2 Monaten nach Zustellung der Mitteilung gemäss Absatz 1 eine Entscheidung des Europäischen Patentamts beantragen. Eine solche Entscheidung wird nur getroffen, wenn das Europäische Patentamt die Auffassung des Antragstellers nicht teilt.

Bemerkungen:

- 1. Dieser Artikel tritt an die Stelle der Nr. 1 zu Art. 69 (BR/67). Die dort befindliche Bemerkung 1 ist diesem Artikel zuzuordnen.
- 2. Es sollte später geprüft werden, ob diese Vorschrift auf die Fälle ausgedehnt werden soll, in denen das Recht, einen Prioritätsanspruch geltend zu machen, erloschen ist, weil dem Artikel 75 Absätze 1 und 2 nicht entsprochen worden ist.